

Stadt.

• Land.





Bela Bach MdB

Liebe Leserin, lieber Leser,

zahlreiche politische Entscheidungen stehen immer noch und wieder unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie. Wir haben in der Fraktion über eine Beteiligung des Parlaments an den Beschränkungen debattiert. Für mich ist klar: nur die gewählten VolksvertreterInnen im Bundestag und in den Landesparlamenten können so weitreichende freiheitsbeschränkende Maßnahmen erlassen, wie wir sie im Zuge der Pandemie erleben.

Nichtsdestotrotz haben wir in der vergangenen Woche auch einige wichtige Gesetzespakete, wie etwa das **Familienentlastungsgesetz**, auf den Weg gebracht, die in dieser Krise dazu beitragen werden, Familien finanziell stärker zu entlasten. Nach dem Beschluss der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den MinisterpräsidentInnen der Länder, den ich euch vergangene Woche per E-Mail zugeschickt habe, möchte ich auch in diesem Newsletter auch über weitere Beschlüsse informieren.

Darüber hinaus möchte ich auch darauf hinweisen, dass ich den Wunsch des Ortsvereins Haar, eine **Veranstaltung zur Grundrente** abzuhalten, gerne aufgenommen habe. Am 3.11. dürfen wir im Rahmen einer Online-Konferenz meinen Kollegen aus dem Bundestag **Bernd Rützel** als Experten bei uns begrüßen. Eine Einladung mit dem Link befindet sich in diesem Newsletter.

Viel Vergnügen bei der Lektüre und Freundschaft!

B. Belle

Termin

Live-Diskussion auf





3.11.2020, 19 Uhr

"Erhalte ich die Grundrente?

Und wenn ja, wie viel ist das für mich? Was wird jetzt besser?"

Diese Fragen haben mir viele Bürgerinnen und Bürger aus dem Landkreis und meinem Betreuungswahlkreis gestellt, seit die Grundrente im Sommer beschlossen wurde. Um Eure Fragen bestmöglich beantworten zu können und mit Euch ins Gespräch zu kommen, habe ich einen Experten zum Thema Grundrente eingeladen: Gemeinsam mit dem Abgeordneten Bernd Rützel werde ich am kommenden Dienstag, den 03.11. um 19:00 Uhr in einem **Livestream** die Fakten, Mythen und Fragen rund um das Thema Grundrente besprechen. Auf Facebook könnt Ihr live und interaktiv Fragen stellen, die im Anschluss von Bernd beantwortet werden. Hier der **Link** zur Veranstaltung:

https://www.facebook.com/BelaBachSPD/posts/2080259738776039

Wer kein Facebook hat, kann wenige Tage nach der Veranstaltung das Gespräch auf meiner Website www.bela-bach.de abrufen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr am Dienstag zuschaltet!

Thomas Oppermann 1954-2020

Ein Stratege, ein Gestalter, ein feiner Kerl.

Wir nehmen Abschied von Thomas Oppermann



Mit großer Bestürzung haben wir vom Tod Thomas Oppermanns erfahren. Er ist am Sonntag, 25. Oktober 2020, im Alter von nur 66 Jahren gestorben. Völlig unerwartet wurde er aus dem Leben gerissen. Über die Parteigrenzen hinweg galt Thomas als großer Demokrat, der für seine Geradlinigkeit und seine Professionalität geschätzt wurde. Er genoss große Sympathie und Hochachtung. Seine beherzte und zupackende Art machte unseren ehemaligen Fraktionsvorsitzenden zu einem außergewöhnlichen Politiker, der immer mit großer Verantwortlichkeit gehandelt hat.

Wir alle denken in diesen Stunden und Tagen viel an Thomas und die gemeinsamen Momente. Er war ein Stratege, ein Gestalter, ein Energiebündel, ein unermüdlicher Bergwanderer, ein feiner Kerl. Er wird uns fehlen.

Mein tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Frau, seinen vier Kindern und allen Angehörigen.



Bericht aus Berlin

Corona-Maßnahmen Wir schaffen große finanzielle Auffanghilfen

Kampf gegen die sexualisierte Gewalt

Ab Januar: mehr Kindergeld!

Wir schaffen große finanzielle Auffanghilfen

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt die von Bund und Ländern beschlossenen neuen Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus. Die Rolle des Parlaments soll gestärkt werden.

Am Mittwochnachmittag hatten sich Bund und Länder darauf geeinigt, im Monat November die Kontakte massiv zu beschränken. So sollen Gastronomiebetriebe sowie Kultureinrichtungen schließen, Schulen und Kitas aber geöffnet bleiben.

Die SPD-Fraktion unterstützt die neuen Maßnahmen zu Kontaktbeschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Die befristeten Maßnahmen sind dringend erforderlich und verhältnismäßig. Wie im Frühjahr müssen wir die Gesundheitsversorgung sichern, und die Infektionsketten unterbrechen. Zugleich schaffen wir große finanzielle Auffanghilfen, die Balance zwischen notwendigen Eingriffen und Hilfen wurde gewahrt. Dafür sind Finanzhilfen von bis zu zehn Milliarden Euro vorgesehen.

Weiter auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

Gleichwohl ist es wichtig, dass wir die **Erfahrungen** aus der Pandemie auch als Gesetzgeber weiter aufarbeiten und **in Gesetze umsetzen müssen**. Deshalb streben wir nach einer siebenmonatigen Pandemie weitere Konkretisierungen im gesetzgeberischen Bereich an.

In der Fraktion gibt es bereits erste Überlegungen, wie diese konkreteren rechtlichen Leitplanken für die Exekutive aussehen können (z.B. Präzisierung der Generalklausel im Infektionsschutzgesetz, bundeseinheitliche Zusammenfassung bundesländerüberschreitender Verhaltensregeln). Zusätzlich sind Zustimmungsvorbehalte für das Parlament notwendig, sowie regelmäßige Berichtspflichten des Bundesgesundheitsministers und eine Begründungs- und Befristungspflicht für Rechtsverordnungen. Im Kern wollen wir eine breitere Legitimität und Flexibilität schaffen.

Kampf gegen die sexualisierte Gewalt

Mit dem Gesetzentwurf gegen sexualisierte Gewalt wollen wir die Taten ohne Wenn und Aber als Verbrechen einstufen und die Strafen verschärfen

In Deutschland registrierte die Polizei im vergangenen Jahr rund 13.700 Missbrauchstaten gegen Kinder. Auch im Internet steigt die Verbreitung von Missbrauchsdarstellungen besonders stark. **Daher muss die Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder zentrale Aufgabe des Staates sein**. Dabei darf die wachsende Bedeutung des Internets als Tatort nicht aus dem Auge verloren werden. Umso dringender ist es, die einschlägigen Straftatbestände sachgerecht nachzuschärfen.

Weiter auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

In erster Lesung wurde nun der Gesetzentwurf unserer Bundesjustizministerin Christine Lambrecht im Bundestag beraten. Dieser sieht höhere Strafen, eine effektivere Strafverfolgung, mehr Prävention und eine bessere Qualifizierung der Justizbehörden vor.

Mit dem Gesetzentwurf soll sexualisierte Gewalt gegen Kinder künftig bereits im Grundtatbestand als Verbrechen geahndet werden. Damit bereits der Begriff das Unrecht der Tat aufzeigt, wird der Tatbestand des "sexuellen Missbrauchs" im Strafgesetzbuch künftig als "sexualisierte Gewalt" bezeichnet. Zudem sollen auch die Verbreitung und der Besitz von Aufnahmen sexualisierter Gewalt künftig mit Freiheitsentzug zwischen einem Jahr und 15 Jahren geahndet werden.

Der Kauf und Besitz von Sexpuppen, die Kindern nachgebildet sind, ist künftig strafbar. Eintragungen über sexuelle Übergriffe im Führungszeugnis bleiben 20 Jahre stehen und damit doppelt so lange wie bisher, damit potenzielle Täter nicht beruflich oder ehrenamtlich mit Kindern arbeiten. Familienrichter sollen besser geschult und Strafverfahren mit minderjährigen Opfern beschleunigt werden.

Um die Strafverfolgung zu optimieren, sollen den Behörden im Bereich der sexualisierten Gewalt gegen Kinder sowie bei der Verbreitung, des Erwerbs und des Besitzes kinderpornographischer Schriften weitergehende Befugnisse eingeräumt werden, etwa die Anordnung von Untersuchungshaft, Telekommunikationsüberwachung und Onlinedurchsuchung. Die SPD-Fraktion will den Gesetzentwurf rasch beraten und verabschieden.



Ab Januar: mehr Kindergeld!

Pro Kind gibt's ab dem neuen Jahr 15 Euro mehr Kindergeld. Damit stellen wir Familien in diesen schweren Zeiten finanziell besser.

Grundlage ist das Zweite Familienentlastungsgesetz, mit dem wir auch dafür sorgen, dass Besserverdiener nicht zwangsläufig mehr Abgaben haben: Lohnsteigerungen müssen auch im Geldbeutel ankommen. Gerade Familien sind darauf angewiesen. Auch den Grundfreibetrag für Erwachsene steigern wir im nächsten Jahr um 336 Euro und 2020 nochmal um 240 Euro. Damit bleibt mehr Netto vom Lohn.

Diese Maßnahmen sind uns knapp 12 Milliarden Euro im Jahr wert.

Und das sind nur einige Maßnahmen von vielen, die wir in den vergangenen Monaten und Jahren umgesetzt haben: 2019 hatten wir bereits das Kindergeld und die steuerlichen Freibeträge angehoben, der Kinderzuschlag wurde erhöht und vor wenigen Wochen haben wir im Rahmen des Konjunkturpakets den Kinderbonus ausgezahlt. Außerdem entfällt der Solidaritätszuschlag für fast alle Steuerzahler*innen. Nur die obersten 10 Prozent an Spitzenverdienern zahlen teilweise oder ganz weiter. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit.



